

## **Teilhabe statt Exklusion – neue Chancen für Jugendliche schaffen**

Positionspapier des Arbeitskreises 5

März 2007

Die heutigen Lebenschancen junger Menschen unterscheiden sich in vielfältiger Weise von der Ausgangslage früherer Jugendgenerationen. Einerseits bietet die heutige pluralistische Gesellschaft vielfältige Möglichkeiten, andererseits wird die individuelle Entwicklung vieler junger Menschen durch eine Verknappung der Zugänge zu Bildung und Ausbildung behindert. Die Lebenslagen junger Menschen sind mithin vielschichtig und erfordern sehr unterschiedliche politische Konzepte. Es gibt nicht eine Jugend, sondern stetig sich wandelnde Jugendkulturen. Jugend ist ein eigenständiger Lebensabschnitt, den junge Menschen in eigener Verantwortung gestalten sollen.

Es ist eindeutig festzustellen, dass Jugendliche heute wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen für den weiteren Lebensweg häufig unter schwierigen Bedingungen treffen müssen. Die gesellschaftlichen Brüche haben die Jugendphase längst erreicht. Die Verunsicherung der „pragmatischen Generation unter Druck“<sup>1</sup> nimmt zu. Noch überwiegt die jugendliche Zuversicht, die übergroße Mehrheit der Jugendlichen ist integriert und steht mitten im Leben. Aber es brodelt unter der optimistischen Oberfläche: Unbeschwertheit nimmt ab, gefühlte und echte Perspektivlosigkeit nehmen zu. Internationale Studien attestieren Deutschland nach den schlechten Ergebnissen im Bildungsvergleich nun auch ein Mittelmaß bei verlässlichen Lebensumwelten für die junge Generation.<sup>2</sup>

Es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, alle Jugendlichen optimal zu fördern und ihnen damit Teilhabechancen zu eröffnen. Kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden – dies muss Maßstab einer Anti-Exklusionspolitik sein, die auf Integration und Teilhabe der jungen Generationen setzt. Den größten Handlungsbedarf sehen wir bei der Schaffung von sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Teilhabechancen, insbesondere durch Bildung und Beteiligung von jungen Menschen. Wir wollen allen Jugendlichen gleichermaßen bestmögliche Teilhabechancen eröffnen. Wir dürfen zugleich nicht zulassen, dass Jugendliche aus armen und sozial schwierigen Lebensverhältnissen vermehrt im Abseits landen. Um solche Jugendlichen, die von sozialer Exklusion bedroht oder betroffen sind, muss sich moderne Jugendpolitik besonders kümmern. Denn: Chancenlose Teenager brauchen jetzt neue Perspektiven und einen Politikwechsel für mehr Teilhabe. Unsere Vorschläge dafür haben wir im vorliegenden Papier zusammengefasst.

Junge Menschen und künftige Generationen sind von den Folgelasten ungelöster Probleme besonders betroffen: Umweltzerstörung und Klimawandel, Ressourcenverschwendung, weiterhin steigende Staatsverschuldung und die Krise der sozialen Sicherungssysteme schmälern und begrenzen ihre

---

<sup>1</sup> Hurrelmann, Klaus u. Albert, Mathias: „Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck“ (im Folgenden kurz: Shell-Jugendstudie)

<sup>2</sup> aktuelle Unicef-Studie „Zur Lage der Kinder in Deutschland“

Zukunftschancen. Diese Hypothesen verengen den politischen Gestaltungsspielraum der heutigen und aller zukünftigen Jugendgenerationen. Deshalb gehören die Belange und Perspektiven junger Menschen in den Mittelpunkt einer solidarischen Modernisierung unserer Gesellschaft. Grüne Jugendpolitik hat somit die Aufgabe, zu einem Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit beizutragen. Als Querschnittsaufgabe muss grüne Jugendpolitik in diesem Kontext vor allem zwei Dinge leisten: Sie muss zum einen in den verschiedenen Politikfeldern in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachleuten und KooperationspartnerInnen auf generationengerechte Lösungen dringen. Zum anderen muss sie junge Menschen darin bestärken, ihre Interessen selbst in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen.

Grüne Jugendpolitik will Jugendliche stark machen. Neben der Familie müssen Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe und ein solidarisches Miteinander die Entwicklung junger Menschen zu eigenständigen und sozialen Persönlichkeiten unterstützen. Die Stärkung der individuellen Lösungskompetenz und Eigenverantwortung der Jugendlichen ist grundsätzliches Ziel unserer Jugendpolitik. Teilhabe ist dabei auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, die in allen Bereichen konsequent mitgedacht werden muss. Stereotype und geschlechtsspezifische Benachteiligungen müssen überwunden werden, um allen jungen Frauen und Männern die gleichen Teilhabechancen zu ermöglichen.

Jugendpolitik muss sich zudem den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft stellen. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat bereits einen Migrationshintergrund – mit steigender Tendenz. Es ist daher zentrale Aufgabe von Jugend- und Migrationspolitik, jungen Menschen anderer Herkunft gerechtere Chancen auf soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe anzubieten. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wertzuschätzen und anzuerkennen. Es ist Aufgabe unserer aufnehmenden Gesellschaft, ihnen Integration zu ermöglichen und abzuverlangen. Es geht zudem darum, interkulturelle Kompetenz, kulturelle Neugierde, Weltoffenheit und Mobilität in der „Einen Welt“ durch eine Verstärkung von Jugendbegegnungen und -austausch zu fördern.

Bislang kannten wir nur das Bild der wenigen Alten und vielen Jungen. Diesen Gesellschaftsaufbau wird es in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr geben. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird eine neue Generationsschichtung entstehen: Bereits 2010 werden erstmals weniger Jugendliche (unter 20 Jahre) als ältere Menschen über 65 Jahre in Deutschland leben. Jugendliche werden in Zukunft immer stärker zur gesellschaftlichen Minderheit: Im Jahr 2050 wird der Anteil der älteren Menschen fast doppelt so hoch sein, wie der der jüngeren. Diese Entwicklung wird Auswirkungen auf das Zusammenleben der Generationen haben. Wir wollen diese Entwicklung realistisch annehmen und konstruktiv gestalten. Der Zusammenhalt der Generationen ist heute stark ausgeprägt. Diesen gilt es zu erhalten und im Prozess der demografischen Alterung zu vertiefen.

Der Tatenlosigkeit und dem Desinteresse der Bundesregierung in Sachen Jugendpolitik wollen wir mit Vorschlägen begegnen, die der vielfältigen Lebenswelt der heutigen Jugend gerecht werden und sie bei der Bearbeitung der Herausforderungen von heute und morgen einbezieht. Chancengerechtigkeit für Jugendliche darf nicht weiter Glückssache sein, sondern muss Schwerpunkt der Politik werden. Jugend darf in keinem Politikfeld zur „vergessenen Generation“ werden.

# 1. Bildung als Schlüssel zur Teilhabe

## 1.1. Das Bildungssystem umgestalten

Bildung bestimmt in vielfältiger Weise die Teilhabechancen junger Menschen auf ihrem weiteren Lebensweg. Auch wenn Bildungsabschlüsse nicht mehr automatisch eine dauerhafte soziale Absicherung oder stetige Erwerbsbiographie bedeuten, so begünstigen sie doch entscheidend die Lebenschancen in der Wissensgesellschaft. Ein zentrales Anliegen grüner Jugendpolitik ist es deshalb, den Zugang jedes und jeder Jugendlichen zu bestmöglicher Bildung zu gewährleisten. Wir dürfen keinen Jugendlichen verloren geben.

Deutschland hat weiterhin ein sehr selektives Bildungssystem, das zu viele BildungsverliererInnen produziert. Die Potentiale vieler junger Menschen werden nicht genutzt. Im internationalen Vergleich sticht besonders hervor, wie stark der Bildungserfolg von der Herkunft abhängt. Augenfällig ist der Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg auch bei einem Teil der jungen MigrantInnen. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass jede und jeder von Anfang an individuell und optimal gefördert wird. Hierzu gehört auch eine geschlechtersensible Bildungspolitik, die beispielsweise die Probleme männlicher Bildungsverlierer aufgreift. Einem ganzheitlichen Bildungsverständnis entsprechen der respektvolle Umgang zwischen allen AkteurInnen und die demokratische Beteiligung in den Bildungseinrichtungen. Wir sehen in einer solchen Kultur des Respekts vor dem Individuum die Grundlage für die weiteren Entscheidungen im Bildungswesen.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien haben im Zuge der Föderalismusreform die wenigen, dem Bund verbliebenen Kompetenzen im Bildungsbereich an die Länder abgegeben. Diese selbstverschuldete Handlungsunfähigkeit hindert die Regierung jedoch nicht daran, ehrgeizige Ziele für die Entwicklung des Bildungssystems zu formulieren. Besonders auffällig wird dies bei den Zielvorgaben für Bildung und Ausbildung, die sich die Bundesregierung mit den anderen EU-Staaten im Rahmen der Lissabon-Strategie gesetzt hat<sup>3</sup>, oder bei Ankündigungen, die Zahl der SchulabbrecherInnen halbieren zu wollen. Gerade aufgrund internationaler Erfahrungen und Vergleiche sind wir davon überzeugt, dass im mehrgliedrigen Schulsystem mit seinem hohen Selektionsgrad ein Umsteuern zu mehr Bildungsbeteiligung und Zugangsgerechtigkeit nicht gelingen kann. Deshalb haben wir in den Ländern und auf Bundesebene seit langem fortschrittliche Konzepte für ein längeres gemeinsames Lernen und die Verbesserung der individuellen Förderung in Gemeinschaftsschulen vorgelegt und vorangetrieben. Mit dem Investitionsprogramm für Ganztagschulen, das 2009 ersatzlos ausläuft, haben wir zudem in Regierungsverantwortung wichtige Strukturveränderungen betrieben, die in den Ländern fortgesetzt werden müssen. Ganztagschulen ermöglichen SchülerInnen mehr Zeit zum Lernen, schaffen Raum für neue pädagogische Konzepte, erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und führen zu einer Öffnung von Schule ins lokale Umfeld. In Zusammenarbeit mit verschiedenen externen Kooperationspartnern und Trägern der Jugendhilfe können Ganztagschulen Jugendlichen vielfältige individuelle Fördermöglichkeiten bieten. Bildungschancen dürfen nicht auf Jahrzehnte durch falsche Entscheidungen bei der Föderalismusreform blockiert werden.

Wir wollen uns stattdessen an den skandinavischen PISA-Gewinnerländern orientieren. Dazu gehört auch, dass Bildungseinrichtungen mehr Selbstständigkeit eingeräumt wird. Gute Schulen werden nicht von oben verordnet, sondern vor Ort gemacht. Wir wollen, dass Schulen eigenverantwortlicher über pädagogische Konzepte, Personal und Ressourcen entscheiden dürfen und – ihren sozialräumlichen und

---

<sup>3</sup> Laut Ratsbeschluss sollen beispielsweise mindestens 85 Prozent der 22-Jährigen in der EU einen Abschluss der Sekundarstufe II (Hochschulreife) erlangt haben. Momentan sind es in Deutschland gut 70 Prozent und im EU-Durchschnitt knapp 80 Prozent.

regionalen Herausforderungen entsprechend – auf unterschiedlichen Wegen die Bildungsziele erreichen. Auf diese Weise können Schulen individueller auf ihre Schülerschaft eingehen.

Gegen spezifische Schul- und Ausbildungshindernisse, Schulabbruch, -müdigkeit und -verweigerung gibt es keine Patentrezepte. Ihnen muss mit vielfältigen Maßnahmen individuell begegnet werden. Entsprechende Förderungen sind zwar mit Ausgaben verbunden - sie sind jedoch deutlich günstiger und für den Einzelnen sinnvoller als spätere Nachqualifizierungen. Statt SchulabbrecherInnen ist Schulabbruch der Kampf anzusagen. Das ineffektive und demotivierende Sitzenbleiben muss abgeschafft werden. Auch hier leistet sich die Bundesregierung vollmundige Ankündigungen, ohne jedoch über Entscheidungskompetenzen oder Konzepte zu verfügen.

## **1.2. Neue Wege für die Ausbildung**

Im Bereich der beruflichen Bildung und Ausbildung ist das Versagen von Politik und Wirtschaft besonders offensichtlich. Offiziell betrug die Lehrstellenlücke am Ende des Jahres 2006 17.400 Plätze. Studien des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) gehen aber davon aus, dass in Wirklichkeit ca. 160.000 Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen. Viele Jugendliche haben nach zahlreichen Bewerbungen resigniert aufgegeben. Andere verharren in Berufsvorbereitungsmaßnahmen und anderen „Warteschleifen“ oder gehen ohne jede weitere Qualifizierung einer – meist prekären – Beschäftigung nach. Problematisch ist auch die hohe Zahl von AltbewerberInnen von fast 50 Prozent.

Der Ausbildungspakt der Bundesregierung hat nicht den gewünschten Erfolg gebracht: Es wurden zwar neue Stellen eingeworben, gleichzeitig sind aber auch viele Ausbildungsplätze weggefallen, so dass unter dem Strich zu wenig zusätzliche Plätze entstanden sind. Das mit dem Ausbildungspakt neu geschaffene Instrument der Einstiegsqualifikationen (EQJ) ist problematisch, denn die ursprünglich anvisierte Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen profitiert kaum davon und die überwiegende Zahl der PraktikantInnen erhält kein Zertifikat von den Betrieben. Nur wenige Unternehmen wissen zudem, dass es die Möglichkeit einer sozialpädagogischen Unterstützung während der EQJ gibt. Wirtschaft und Politik müssen gewährleisten, dass jede und jeder Jugendliche nach der Schule eine sinnvolle Ausbildungsperspektive hat.

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung muss sich von einer engen (Sack-)Gasse zu einem breiten Zugang mit vielen Einstiegsmöglichkeiten verwandeln. Daher fordern wir wie in den allgemeinbildenden Schulen grundlegende Strukturreformen: Das Ausbildungssystem muss in Richtung einer Modularisierung so umgestaltet werden, dass absolvierte Teilleistungen zertifiziert und angerechnet werden können. So können auch Leistungen im Rahmen der Berufsvorbereitung besser angerechnet werden. Dies hilft insbesondere schwächeren Jugendlichen oder AusbildungsabbrecherInnen. Außerdem sollten die Länder Produktionsschulen für schulmüde Jugendliche einrichten, in denen diese nah am Arbeitsprozess lernen können.

Es ist ein Skandal, dass sich viele Firmen, insbesondere Großbetriebe und DAX-Unternehmen, der Ausbildung entziehen. Hier muss gesellschaftlicher Druck gemacht werden, damit diese ihrer Verantwortung für junge Menschen nachkommen. Die Ausbildungskosten müssen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben besser verteilt werden. Deshalb befürworten wir regionale oder branchenspezifische Umlagesysteme.

Neben der Herausforderung, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen, muss die Aufgabe bewältigt werden, im Anschluss an die Berufsausbildung eine Arbeitsstelle zu bekommen.

Motivationsmangel bei Jugendlichen in Ausbildung resultiert auch daraus, dass sie im Anschluss an ihre Ausbildung unsichere berufliche Perspektive sehen.

### **1.3. Hochschulzugang verbessern**

Auch im Bereich der universitären Bildung setzt die Bundesregierung die falschen Schwerpunkte. Es ist allgemein anerkannt, dass Deutschland mehr HochschulabsolventInnen benötigt, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Im kommenden Jahrzehnt werden laut EU-Kommission annähernd 80 Prozent der neu geschaffenen Jobs an Hochqualifizierte gehen. Daher ist es dringend notwendig, die Studierenden- und AbsolventInnenquote zu erhöhen. Anstatt die vorhandenen Potentiale optimal zu nutzen, werden jedoch neue Hürden in Form von Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren errichtet. Damit wird der Anteil von jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten noch weiter verringert. Zudem steigt der Druck auf den ohnehin angespannten Ausbildungsmarkt, auf dem Haupt- und RealschülerInnen von AbiturientInnen verdrängt werden.

Zentrales Problem ist der massenhafte Mangel an Studienplätzen bei einer gleichzeitig stark steigenden Zahl von Studienberechtigten in den kommenden Jahren. Der „Hochschulpakt“ der Bundesregierung bietet auf die soziale Ausgrenzung keinerlei Antwort und schafft nicht annähernd ausreichende Kapazitäten. Auch das weitere Einfrieren des BAföG zeugt von Tatenlosigkeit. Anstelle weiterer BAföG-Nullrunden der Bundesregierung haben wir ein Sofortprogramm zum BAföG in den Bundestag eingebracht und wollen noch in diesem Jahr eine grundlegende Weiterentwicklung der Studienfinanzierung entwickeln.

### **1.4. Zeitpolitik jugendgerecht gestalten**

Ein besonderes Augenmerk lenken wir auf Fragen der Zeit- und Lebensphasenpolitik: Junge Menschen sind in ihrer Lebensplanung besonders von den gesellschaftlichen Umbrüchen und zeitpolitischen Entscheidungen betroffen. Veränderungen im Schulsystem, im Erwerbsleben und auch im Zusammenleben der Generationen müssen insbesondere aus der Sicht junger Menschen betrachtet werden, damit sinnvolle und ausgewogene Lösungen gefunden werden. Eine durchdachte Bildungs- und Jugendpolitik kann so einen wichtigen Beitrag zu Entzerrung der „rush hour“ des Lebens leisten. Dies betrifft besonders den Übergang von der Halbtags- zur Ganztagschule, die Verkürzung der Gymnasialzeit in zahlreichen Bundesländern, veränderte Ausbildungs- und Hochschulzugänge, Warteschleifen von Jugendlichen im Ausbildungsbereich, die Rolle von Praktika vor, während und nach der Ausbildungs- und Studienzeit sowie die Zukunft von Wehr- und Zivildienst. Auch bei der Modularisierung von Bildungsangeboten und der Anerkennung von Teilqualifikationen müssen die Lebenswirklichkeit und die Zukunftschancen junger Menschen berücksichtigt werden. Herausforderungen und Schnittstellen mit anderen Politikfeldern bestehen bei der Verbesserung der Übergänge von der Schule in das weitere Ausbildungssystem.

## **2. Soziale Teilhabe ermöglichen**

### **2.1. Jugendarmut bekämpfen**

Jugendpolitik muss die Armutsrisiken Jugendlicher reduzieren, Armut enttabuisieren und thematisieren. Kinder und Jugendliche sind in Deutschland die am stärksten von Armut und Sozialhilfebezug betroffene Altersgruppe. In ihrer Selbstbestimmung und Teilhabe sind arme Jugendliche massiv eingeschränkt. Jugendliche sind davon besonders in der Schule betroffen, wo sie dem Gruppendruck – z.B. zu Markenkleidung und Handys – direkt ausgesetzt sind. In Schulen und Jugendeinrichtungen sollten deshalb die Themen Exklusion und Ausgrenzung durch Armut sowie ungleiche Besitzverhältnisse stärker thematisiert werden. Bildungsarmut und materielle Armut fallen oft zusammen und vererben sich häufig von Generation zu Generation. Soziale Benachteiligungen gehen im Jugendalter zudem oftmals einher mit gesundheitlichen Ungleichheiten, gesundheitsriskanterem Verhalten und nachteiligen Ernährungsgewohnheiten. Durch eine armutsfeste Grundsicherung und eine entsprechende Ausgestaltung der Leistungen für Familien muss Kindern und Jugendliche die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht werden.

Jugendarmut lässt sich jedoch nicht ausschließlich durch Transferleistungen wirkungsvoll bekämpfen. Ein besonders wichtiger Baustein unserer Politik gegen Armut ist daher der Ausbau der Bildungsinfrastruktur. Ganztagschulen und vielfältige Formen individueller Förderung können helfen, soziale Barrieren abzusenken. Gerade in Ganztagsangeboten lassen sich Angebote schaffen, die Armut abmildern: z.B. ein kostenloses gesundes Mittagessen, eine intensive Schulsozialarbeit, Gesundheitsprävention sowie Sport und Bewegung. Internationale Studien zeigen, dass so brachliegende Bildungspotentiale zum Nutzen des Einzelnen und der Gesellschaft erschlossen werden können. Es ist Aufgabe der Politik in Bund und Ländern, entsprechende Konsequenzen zu ziehen, anstatt folgenlose Versprechungen zu machen und sich den „schwarzen Peter“ für die Umsetzung zuzuschieben. Dies muss auch bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern berücksichtigt werden.

### **2.2. Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnen**

Jugendarbeitslosigkeit ist ein gesellschaftlicher Skandal, weil sie Jugendlichen einen Einstieg in die Berufswelt verbaut, sie somit demotiviert und ihnen Chancen verwehrt. Daher brauchen wir umfassende Initiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dabei muss die Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen in Ausbildung und Qualifizierung oberste Priorität haben. Eine zunehmende Verschärfung des Sozialrechts<sup>4</sup> für junge Menschen und die Abdrängung in Arbeitsgelegenheiten wird dem Anspruch auf Verbesserung der Zukunftsaussichten nicht gerecht. Ein-Euro-Jobs ersetzen ebenso wie die von der Regierung vorgeschlagenen Kombilöhne für junge Erwachsene keine Ausbildung und Qualifizierung.

Nachhaltige Eingliederungsmaßnahmen erfordern angemessene und zielgenaue Fördermittel. Wir brauchen Wege aus der Warteschleife, ein höheres Qualifizierungsniveau sowie individuelle Unterstützungsangebote für Jugendliche mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Vor allem für die berufliche und soziale Integration besonders benachteiligter Jugendlicher in sozialen Brennpunkten

---

<sup>4</sup> Beispielsweise Neuregelungen bei der Erstattung von Unterkunftskosten, die zur Unterbringung von unter 25-jährigen ALG II-EmpfängerInnen bei den Eltern führen.

und strukturschwachen ländlichen Regionen sind zielgenaue Hilfesysteme, feste AnsprechpartnerInnen sowie individuelle Entwicklungsziele erforderlich.

Forderungen nach der Aufweichung des Jugendarbeitsschutzes schaffen keine neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sondern verschlechtern lediglich die Situation der Jugendlichen im Arbeitsleben. Wir lehnen solche Initiativen deshalb entschieden ab. In Ausbildungsbetrieben müssen Regeln gelten, die die Sicherheit und die Gesundheit der Jugendlichen nicht aufs Spiel setzen.

Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit wirkt sich auf Jugendliche und insbesondere auf den Ausbildungsmarkt kaum aus.<sup>5</sup> Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorzulegen, anstatt mit populistischen Verschärfungen des Sozialrechts von den grundlegenden Problemen der heutigen Jugendgeneration abzulenken.

### **2.3. Jugendhilfe stärken statt demontieren**

Das bewährte Jugendhilfesystem gilt es kontinuierlich weiterzuentwickeln, um es für steigende Herausforderungen leistungsstark auszuweiten. Zunehmende Aufgaben und Erwartungen sind nicht mit sinkenden oder gleich bleibenden Mitteln zu bewältigen. Wir wollen, dass Jugendarbeit jugendliche Risikogruppen besser erreicht und unterstützt. Notwendig sind dazu zielgruppenspezifische und sozialräumlich orientierte Angebote in der Jugendarbeit. Dazu brauchen wir eine lebensweltorientierte Öffnung der Angebotsstrukturen in Jugendhilfe und Schule und eine intensiviertere Kooperation der beiden Bereiche.

Die negativen Auswirkungen der Föderalismusreform lassen sich ähnlich wie in der Bildungspolitik auch in der Jugendhilfe beobachten: Ein gemeinsamer Rahmen von Standards und Strukturen ist eine Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen. Fortschrittliche Beteiligungsformen, wie sie in der Kinder- und Jugendhilfe bundesgesetzlich festgeschrieben waren, werden in einzelnen Ländern abgeschafft. Mit der Abschaffung von Landesjugendämtern und Jugendhilfeausschüssen wie in Niedersachsen wird der Absenkung von Qualitätsstandards Tür und Tor geöffnet. Die Förderung von Jugendlichen in problematischen Lebenssituationen droht sich zu verschlechtern. Wir brauchen stattdessen ein Hilfesystem für Jugendliche und Eltern, das bei psychosozialen und anderen gesundheitlichen Leistungsbeeinträchtigungen individuelle Unterstützung leistet. Wir wollen gewährleisten, dass die Vielfalt inhaltlicher Schwerpunkte der Jugendarbeit und ihrer Handlungsfelder insbesondere in der verbandlichen und offenen Jugendarbeit, der Kinder- und Jugendkulturarbeit und in der sportlichen Jugendbildung erhalten und weiterentwickelt wird.

Jugendarbeit ist ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Ort für außerschulische und informelle Lernmöglichkeiten, der die Mitwirkung Jugendlicher an der Entwicklung der Zivilgesellschaft erhöht. Die Ausweitung nicht-schulischer multiprofessioneller Bildung im Bereich der Jugendarbeit verbreitert soziale, kulturelle, musisch-ästhetische, politische, sportliche und technisch-handwerkliche Lern- und Erfahrungsperspektiven. Jugendhilfe kann und muss dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Einbindung benachteiligter Jugendlicher legen. Zudem müssen außerschulische Leistungen besser zertifiziert werden.<sup>6</sup> Das Zusammenspiel unterschiedlicher Lernwelten sowie schulischer und außerschulischer Bildungsorte muss gestärkt werden.

---

<sup>5</sup> Auch hier hat Deutschland sein im Europäischen Rat selbst gestecktes Ziel weit verfehlt, jedem Jugendlichen nach drei Monaten zumindest eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten.

<sup>6</sup> Beispielhaft sind hier Kompetenznachweise der Jugendverbände, die auch bei Bewerbungen genutzt werden können.

## **2.4. Jugendgewalt und -delinquenz entgegenwirken**

Die Fixierung vieler Medien auf ein negatives Bild von Jugendlichen ist ein wichtiger Grund für den unzutreffenden Eindruck, die Delinquenz junger Menschen wäre in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Tatsächlich ist Jugendgewalt tendenziell leicht rückläufig. Es steigt allerdings die Intensität von Jugendgewaltdelikten. Dabei ist das Phänomen jugendlicher Intensivtäter eine erstzunehmende gesellschaftliche Herausforderung.

Die Ursachen für Jugendgewalt liegen vor allem in sozialen Strukturen, an eigenen Gewalterfahrungen, nicht gelungener Integration und in fehlenden Zukunftsperspektiven. Regellosigkeit, mangelndes Unrechtsbewusstsein und sinkende Hemmschwellen zum Gewalthandeln sind nicht hinnehmbar. Sie erfordern eine Stärkung des Erziehungsgedankens in Elternhaus, Bildungs- und Jugendeinrichtungen. Erzieherische Angebote sind daher auszubauen.

Unsere Inklusionspolitik für gefährdete oder straffällig gewordene Jugendliche setzt auf Prävention und Resozialisierung. Dabei muss es klare Zuständigkeiten und verbindliche Kooperationen der Verantwortlichen geben. Erfolgreiche Formen und gute Beispiele der Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz – wie beispielsweise das „Berliner Modell“ – müssen ausgebaut und in die Fläche entwickelt werden. Gerade bei Jugendlichen ist eine zeitnahe Reaktion auf Delikte ein wichtiges Signal. Klare Regeln und eine intensive Unterstützung sind vor allem für jugendliche SchwellentäterInnen dringend erforderlich, um Gewalttäter-Karrieren vorzubeugen. Jugendliche TäterInnen brauchen eine kontinuierliche Begleitung aus einer Hand, d.h. eine verbindliche Patenschaft zu festen AnsprechpartnerInnen. Wir wollen, dass der Täter-Opfer-Ausgleich häufiger zum Tragen kommt und gemeinnützige Arbeit intensiv pädagogisch begleitet wird. Darüber hinaus fordern wir einen Ausbau des Opferschutzes und einen humanen, jugendgerechten und tatsächlich resozialisierenden Jugendstrafvollzug in allen Bundesländern.

Alle gesellschaftlichen Potentiale zur Verhinderung von Gewalt müssen genutzt werden. Frühestmögliche Gewaltprävention beginnt bei der Förderung eines Klimas des gegenseitigen Respekts in den Schulen und Jugendeinrichtungen. Das Thema Gewalt an Schulen darf weder bagatellisiert noch tabuisiert werden. Gefühle von Demütigung und Frustration steigern die Gewaltbereitschaft erheblich. Mobbing, Demotivierung und Beschämung muss deshalb konsequent entgegengewirkt werden. Von Jugendlichen selbst organisierte Streitschlichter-Programme und Teen-Courts sind Erfolgsmodelle, die – entsprechend der jeweiligen sozialräumlichen Situation – an Schulen und Jugendeinrichtungen etabliert werden sollen. Zur Bearbeitung von Konflikten müssen Schulen auch personell durch Fachpersonal wie SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und PsychologInnen gestärkt werden.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, umfassende Konzepte zur Prävention von Jugendgewalt vorzulegen. Reflexartig am Jugendstrafrecht herumzudoktern ist wenig hilfreich. Vielmehr müssen die Ursachen von Jugendgewalt entschiedener bekämpft werden.

### **3. Teilhabe durch Partizipation verbessern**

#### **3.1. Jugendbeteiligung auf allen Ebenen stärken**

Junge Menschen müssen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht als Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und beteiligt werden. Durch die Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen wollen wir junge Menschen zur Wahrnehmung ihrer Interessen befähigen und sie zu demokratischem Engagement ermutigen. Wir wollen die individuellen Chancen der Jugendlichen auf ein selbstbestimmtes Leben erhöhen und sie für die Wissensgesellschaft fit machen. Eine der wichtigsten Kompetenzen hierfür ist die Nutzung der eigenen demokratischen und gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten. Das Erleben von eigenen Gestaltungsmöglichkeiten ist eine wichtige Voraussetzung für soziales Handeln und legt den Grundstein für zivilgesellschaftliches Engagement. Mitbestimmung und -gestaltung ist zudem das entscheidende Präventivmittel gegen Politik- und Demokratieverdrossenheit. Partizipation beginnt im direkten Lebensumfeld. Sie kann die Lebensqualität für alle Generationen verbessern und schafft Identifikation. Damit ist sie auch ein zentraler Bestandteil einer wirksamen Konflikt- und Gewaltprävention.

Wir wollen deshalb eine nachhaltige und strukturelle Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen durch altersangemessene Angebote auf allen politischen Ebenen. Politik für Jugendliche kann nur wirksam und glaubhaft sein, wenn sie eine Politik *mit* ihnen ist. In diesem Sinn fordern wir die Entwicklung von Jugendinformations- und Beratungsdiensten, die von jungen Menschen selbst auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten werden. Die Information der Jugendlichen über ihre Rechte und Einflussmöglichkeiten ist eine wichtige Aufgabe der schulischen und außerschulischen politischen Bildung, aber auch der politischen Institutionen selbst.

Die Ergebnisse von Beteiligungsverfahren müssen möglichst ungefiltert Eingang in die politischen Prozesse finden. Neben dem notwendigen Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten müssen die bestehenden Beteiligungsprojekte nach verbindlichen Qualitätsstandards regelmäßig evaluiert werden, um Pseudo-Beteiligung zu vermeiden. Jugendliche müssen regelhaft an der Konzeption und Evaluierung beteiligt werden. Der Zugang muss diskriminierungsfrei sein. So ist beispielsweise der Unterrepräsentanz von Mädchen und jungen Frauen sowie von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowohl in den Jugendverbandsstrukturen als auch in Beteiligungsprojekten durch gezielte Angebote entgegenzuwirken.

#### **3.2. Wahlalter senken**

Gerade in Fragen, die in ihrer mittel- und langfristigen Wirkung die heutige Jugendgeneration besonders betreffen, ist ein gesamtgesellschaftliches Umdenken notwendig. Beispiele sind der immer deutlicher werdende Klimawandel, die Schuldenlast des Staates und die Krise der sozialen Sicherungssysteme mit immensen Folgen für nachwachsende Generationen. Auch in der unmittelbaren Gegenwart sind Jugendliche von politischen Entscheidungen betroffen. Dies betrifft besonders die bereits dargestellten Weichenstellungen in der Bildungspolitik und die Gestaltung des direkten Umfelds junger Menschen.

Beteiligung und demokratische Teilhabe manifestiert sich auch im Wahlrecht auf allen politischen Ebenen. Unser Ziel ist daher die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre. Damit würde der durch die demografische Entwicklung schwindende Stimmanteil jüngerer Menschen und ihr Einfluss auf sie betreffende Entscheidungen gestärkt. Ein Elternwahlrecht lehnen wir dagegen ab, weil es junge

Menschen nicht als eigenständige Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt sowie dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl und der persönlichen Ausübung des Wahlrechts widerspricht.

### **3.3. Zivilgesellschaftliches und freiwilliges Engagement stärken**

Das zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen ist entgegen vieler Vorurteile nach wie vor groß. Dies bestätigen beispielsweise die Shell-Jugendstudien. Auch außerhalb von Schule und Ausbildung werden hier wichtige Schlüsselqualifikationen erworben und das Gemeinwesen gestärkt. Es gibt also die Bereitschaft vieler junger Menschen, sich gerade für soziale und ökologische Belange und damit für die Zukunft der Gesellschaft zu engagieren. Dieses Potential muss politisch stärker gefördert werden.

Bei den Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr, dem Freiwilligen Ökologischen Jahr, dem Freiwilligen Kulturjahr sowie internationalen und generationenübergreifenden Diensten übersteigt die Nachfrage das Angebot an Plätzen bei weitem. Wir haben deshalb bereits bei den letzten Haushaltsberatungen eine erhebliche Aufstockung der Mittel und damit der Freiwilligen-Plätze gefordert. Ein Pflichtjahr lehnen wir dagegen wie andere Zwangsdienste ab, weil es junge Menschen in ihrer Lebensplanung einschränkt. Zudem benötigen gerade Tätigkeiten im sozialen Bereich eine besondere Motivation, die nicht staatlich verordnet werden kann.

### **3.4. Jugendliche in der „Einen Welt“**

Wir begrüßen die Pläne zur Ausweitung von Internationalen Freiwilligendiensten, auch in Entwicklungsländern. Diese müssen jedoch auf der Grundlage von nachvollziehbaren Qualitätskriterien und unter Beteiligung von Nicht-Regierungsorganisationen und erfahrenen Trägern konzipiert werden. Ebenso wie andere Formen des Ehrenamtes wollen wir die Freiwilligendienste aufwerten und im Sozial- und Steuerrecht stärker fördern.

Wichtig bleibt uns der Ausbau der inner- und außereuropäischen Austauschprogramme, die jedem und jeder Jugendlichen die Möglichkeit zu interkulturellen Erfahrungen eröffnen sollen. Die EU-Bildungsprogramme tragen hierzu entscheidend bei. Allen SchülerInnen muss die Möglichkeit eröffnet werden, in ihrer Schullaufbahn an einem Austauschprogramm teilzunehmen. Besonders sozial benachteiligte Jugendliche sind verstärkt zu fördern. Auch die Möglichkeiten von Studierenden auf Auslandsaufenthalte sind weiter zu verbessern.

Jugendliche aus Deutschland müssen sich aktiv an internationalen Diskussionen und Begegnungen beteiligen können. Es ist deshalb unverständlich, dass das Bundesjugendministerium beispielsweise die Teilnahme von Jugenddelegierten aus Deutschland an der UN-Kommission für soziale Entwicklung ablehnt, die u.a. die jugendpolitischen Themen für die UN-Generalversammlung im Herbst 2007 vorbereitet.

### **3.5. Wehrpflicht abschaffen**

Die Lebensplanung vieler junger Männer wird durch die Wehrpflicht eingeschränkt. Von Wehrgerechtigkeit kann seit langem nicht mehr gesprochen werden, da nur noch eine Minderheit eines Jahrgangs eingezogen wird. Von 400.000 jungen Männern eines Jahrgangs werden nur noch rund 60.000 zum Wehrdienst herangezogen. Für die Kriegsdienstverweigerer unter ihnen gibt es dagegen eine faktische Dienstpflicht, durch die mittlerweile mehr junge Männer zum Zivildienst herangezogen

werden als Wehrdienst leisten. Die allgemeine Wehrpflicht ist somit nicht gerecht zu organisieren und ein Auslaufmodell. Sie verletzt das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes und muss abgeschafft werden.

In einem ersten Schritt muss gewährleistet werden, dass nicht mehr Zivil- als Wehrdienstleistende eingezogen werden. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollten insbesondere zur Förderung der Freiwilligendienste genutzt werden. Die Haltung des zuständigen Jugendministeriums, den Zivildienst unabhängig von der Debatte über die Wehrpflicht als „Lerndienst“ erhalten zu wollen, zeugt von Ignoranz. Wer das soziale Engagement junger Menschen nachhaltig fördern will, muss jetzt Konzepte für die Abkehr von den Zwangsdiensten entwickeln.

## **4. Kulturelle und kreative Teilhabe verbessern**

### **4.1. Freiräume für Jugendliche erhalten und schaffen**

Freiräume für Jugendliche müssen in der Gesellschaft anerkannt und respektiert werden. Es müssen Angebote und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Jugendlichen ermöglichen, kulturelle Vielfalt und Kreativität selbst zu entwickeln und zu leben. In diesem Sinne müssen in den Kommunen Freiräume zur eigenständigen Freizeitgestaltung und Experimentierfelder für Jugendliche erhalten und ausgebaut werden. Jugendkultur, Aufenthalts- und Treffpunkte in der Öffentlichkeit sowie eigene Freiräume für Jugendliche müssen anerkannt und gefördert werden. Dies betrifft insbesondere nicht-kommerzielle sowie wenig oder gar nicht institutionalisierte Angebote. Ebenso müssen Jugendliche ein hohes Maß an Mitsprache bei der eigenständigen Gestaltung solcher Lebens- und Freiräume haben.

### **4.2. Zugang zu Kultur ermöglichen**

Jugendliche haben wie jede andere Bevölkerungsgruppe ein Recht, an Kultur und Kulturangeboten zu partizipieren sowie selbst einen Beitrag zu Kultur zu leisten. Dennoch scheint es, dass gerade die traditionellen Kultureinrichtungen (Theater, Museum, Bibliothek) in vielen Fällen noch zu wenig auf Jugendliche eingestellt sind. Aufgrund einer oftmals fehlenden Zuschauer- bzw. Teilnehmerstrukturanalyse existieren in den klassischen Kultureinrichtungen oftmals nur in geringem Maße Konzepte und Angebote, die sich an die Zielgruppe der Jugendlichen richten. Hier fordern wir ein stärkeres Engagement und den Mut, sich mittels eines dynamischeren und interaktiveren Angebots Jugendlichen und ihrem neuen, anderen und facettenreichen Kulturverständnis zu öffnen. Um Jugendliche zu erreichen, bedarf es einer zielgruppengerechten Projektförderung und innovativer Pilotprojekte.

Jugendliche sind selbst kulturelle Akteure. Schon im Vor- und Grundschulalter werden die grundlegenden Weichen für den Umgang mit der eigenen Kreativität gestellt. Versäumnisse, die hier gemacht wurden, müssen im Jugendalter nachgeholt werden. Denn die eigene kreative und künstlerische Betätigung schafft wiederum Interesse an Kulturangeboten. Daher wollen wir die kreative Betätigung von Jugendlichen früh fördern. Hierzu ist eine ausgebauten Kooperation von Schulen mit Kultureinrichtungen und kulturellen AkteurInnen erforderlich.

Ein Schwerpunkt muss zukünftig die Förderung der Jugendkulturarbeit in benachteiligten Quartieren und ländlichen Räumen sein. Gerade dort müssen Jugendliche in ihren kulturellen Nischen angesprochen und zu einem kulturellen Dialog motiviert werden. Die Jugendkulturszene darf hier

keinesfalls rechtsextremistischen Kräften überlassen werden. Sozialräumliche Fördermodelle, die in nachhaltige Maßnahmen und Strukturen münden, sind hier zwingend einzuleiten bzw. auszubauen.

Der Bereich des interkulturellen Lernens ist für Jugendliche besonders wichtig. Wir plädieren daher dafür, sich verstärkt für Begegnung mit verschiedenen Kulturen in der Jugendszene einzusetzen, um Toleranz und interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln. In diesem Zusammenhang blicken wir besorgt auf die Tendenz, dass sich Kommunen und Bundesländer aus europäischen und internationalen Jugendaustauschprogrammen zurückziehen. Dies halten wir für äußerst bedenklich, da gerade der Austausch und Dialog mit anderen Kulturen für ein demokratisches Kulturverständnis von großer Bedeutung ist. Gezielte und intensivere Projektförderung und Maßnahmen seitens der Bundes- und EU-Ebene sind hier dringend erforderlich. Denn: Kulturelle Teilhabe vermittelt Jugendlichen ein pluralistisches Verständnis von kultureller Vielfalt.

#### **4.3. Jugendfreundliche Medienangebote schaffen und Medienkompetenz stärken**

Die Entwicklung der Medien bietet Jugendlichen in Deutschland vielfältige Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Neben zahlreichen Chancen beinhalten Medien aber auch Risiken wie Sucht und Realitätsflucht. Die Mediennutzung hängt dabei stark von den sonstigen Lebensumständen der Jugendlichen ab.<sup>7</sup> Die beste Prävention gegen exzessiven Medienkonsum und Suchtverhalten ist eine umfassende gesellschaftliche Integration der Jugendlichen und ein jugendadäquates Freizeitangebot. Gefährdete Jugendliche müssen unterstützt werden, bevor sie ein Suchtverhalten entwickeln. Zudem müssen mediensüchtige Jugendliche professionelle Beratung und Therapie erhalten.

Die Jugendlichen selbst spielen in der Medienberichterstattung häufig nur eine negative Rolle, z.B. wenn sie gewalttätig werden oder andere stark abweichende soziale Verhaltensweisen an den Tag legen. Uns geht es in keiner Weise darum, Problemlagen Jugendlicher zu verharmlosen. Wir fordern jedoch eine realistischere Betrachtungsweise sowie durchgreifende und realitätstaugliche Lösungsvorschläge ein. Exemplarisch für die einseitige Sichtweise auf junge Menschen ist die Debatte um Computerspiele. Sie illustriert die digitale Kluft zwischen jungen Computerspielenden und älteren Nichtspielenden. Die Lebenswelten junger Menschen unterscheiden sich teilweise so stark von denen der Erwachsenen, dass gegenseitige Sprachlosigkeit die Folge ist. Da Dialogfähigkeit jedoch eine Grundvoraussetzung für das Finden von sinnvollen Lösungen ist, muss die Förderung von Medienkompetenz in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rücken. Die Medienkompetenz muss in allen Generationen, auch bei Eltern und Lehrenden, verbessert werden. Nur so kann es zu einem fruchtbaren Dialog über Chancen und Risiken kommen. Auch die Medienwirtschaft ist hier in der Verantwortung, an der Aufklärung mitzuwirken. Qualitätsvolle Medien können durch ein verantwortliches Handeln aller Beteiligten, klare Kennzeichnungen und bewusste Kaufentscheidungen gefördert werden. Zudem sind die Medien selbst aufgefordert, ein für Jugendliche attraktives Programm anzubieten, also den Programm- und Nutzungsvorlieben von Jugendlichen gerecht zu werden. Dazu gehören sowohl Programmformate, die Jugendliche ansprechen, als auch die Nutzung alternativer Verbreitungswege, z.B. über das Internet. Um dies zu gewährleisten, müssen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihr Online-Angebot als feste dritte Säule neben Radio und Fernsehen etablieren.

---

<sup>7</sup> Schichtspezifische Unterschiede in den Lebensumständen junger Menschen lassen sich besonders bei körperlichen Aktivitäten, in der Ernährung und bei der Freizeitgestaltung feststellen. Letzteres kommt beim Fernsehkonsum zum Ausdruck: Mädchen aus der niedrigsten Wohlstandsgruppe sitzen zu 31,5 Prozent mehr als 4 Stunden täglich vor dem Fernseher, während dies nur 17 Prozent aus der höchsten Wohlstandsgruppe tun. Bei Jungen belaufen sich die Anteile auf 28,7 Prozent bzw. 15,2 Prozent (Quelle: Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung).

Deutschland verfügt über einen verantwortungsvollen und strengen Jugendmedienschutz, der regelmäßig evaluiert werden muss. Gewaltverherrlichende Darstellungen sind schon jetzt nach dem Strafgesetzbuch verboten. Wir halten deshalb die bestehenden gesetzlichen Regelungen für ausreichend. Nicht ausreichend sind dagegen die Anstrengungen von Bund und Ländern, Initiativen und Maßnahmen gegen die Isolation von Jugendlichen und für mehr Medienkompetenz zu ergreifen.

## **5. Teilhabe Jugendlicher im demografischen Wandel sichern**

### **5.1. Miteinander statt „Krieg der Generationen“**

Das Generationenverhältnis ist gerade auf familiärer Ebene in einem guten Zustand. Auch erweist die Jugend der älteren Generation großen Respekt für ihre Lebensleistung und ihren Erfolg. Von Sozialneid oder einem Generationenkrieg ist also wenig zu spüren. Allerdings lässt sich ein zunehmendes Problembewusstsein feststellen: So beurteilt die Mehrzahl der Jugendlichen die neue Generationsschichtung als ein großes Problem. Die heute lebenden Jugendlichen müssen lernen, über ihren gesamten Lebenslauf zu planen und bereits heute eigenverantwortlich für das Alter vorzusorgen. Wie die Shell-Jugendstudie zeigt, sind sie bereits für die Thematik sensibilisiert und gehen damit verantwortungsbewusst um. Politik hat hier die Aufgabe, für den wachsenden Beratungsbedarf im demografischen Strukturwandel Anlaufstellen zu schaffen. Angebote zur Altersvorsorge müssen in ihren Leistungen und in ihren Kosten überschaubar, generationengerecht und sicher sein.

### **5.2. Für einen ehrlichen Generationendialog**

Durch die demografische Alterung wird die Jugend immer mehr zur Minderheit. Wir wollen uns bei der Beschreibung der Lage aber nicht in destruktive Schwarzmalerei vertiefen. Statt eines Krieges der Generationen wollen wir ein positives Miteinander. Der „Dialog der Generationen“ muss von der Politik aktiv befördert werden. Dies geht nur, wenn Probleme ehrlich benannt werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Jugendlichen eine Stimme zu geben und ihre Sorgen über zukünftige Konkurrenz um gerechte Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen ernst zu nehmen. Nicht jeder Ruf nach Generationengerechtigkeit muss gleich als ein Kriegsaufruf zwischen den Generationen gewertet werden. Vielmehr können Spannungen und Diskussionen produktiv wirken und der jüngeren Generation helfen, Autonomie und Eigenständigkeit zu gewinnen.

Mit den dargestellten bildungs- und beteiligungspolitischen Schwerpunkten grüner Jugendpolitik wollen wir zu mehr Generationengerechtigkeit und einer insgesamt nachhaltigeren Politik beitragen. Kooperationsprojekte wie die Jugendumweltkonferenz der Bundestagsfraktion bieten eine gute und konkrete Gelegenheit, junge Menschen an der Fortentwicklung unserer Politik zu beteiligen und die eigene Herangehensweise an politische Probleme zu reflektieren. Dabei gilt es auch, Formen des Dialoges zwischen den Generationen zu entwickeln, die in den einzelnen Politikfeldern zu einer Verständigung über Prioritäten und längerfristig tragfähige Konzepte führen.

### **5.3. Demografische Entwicklung gestalten**

Es ist Aufgabe der Politik, den konstruktiven Dialog der Generationen zu stärken und ehrliche Generationensolidarität zu fördern. Im Moment haben die unterschiedlichen Generationen außerhalb des familiären Kontexts weniger miteinander zu tun, weil Jung und Alt unterschiedliche Milieuerfahrungen haben und meistens für sich spezifische Einrichtungen aufsuchen. Stereotype und

mögliche Vorurteile lösen sich erst im direkten persönlichen Umgang auf. Hier sind in der Zivilgesellschaft bereits über 10.000 Projekte entstanden, die einen spezifischen Erlebnis- und Erfahrungsraum für Jung und Alt bieten.

Auch in Unternehmen lässt sich langsam der Trend zu generationsgemischten Teams beobachten. Politik kann zwar kein positives Generationsverhältnis diktieren, sie kann aber Projekte und Programmen anstoßen und langfristig gemeinsame Lebensräume für Generationen fördern. Dazu bedarf es mehr als „Mehrgenerationenhäuser“. Alle Generationen haben die Aufgabe, den demografischen Wandel für alle fair zu gestalten.

## **6. Fazit: Umfassende Teilhabe und neue Chancen für alle Jugendlichen**

Jugendliche gestalten die Gegenwart und sind die Zukunft der Gesellschaft. Wir wollen, dass Selbstbestimmung, Teilhabe und Zugangschancen die Jugendpolitik bestimmen. Unsere Gesellschaft darf nicht hinnehmen, dass eine wachsende Gruppe Jugendlicher exkludiert wird. Für sie kommen die hehren Worte von frühkindlicher Bildung zu spät. Daher bedarf es einer umfassenden Politik für mehr Teilhabe und gegen gesellschaftliche Spaltung. Dazu gehören vor allem Teilhabe durch Bildung und Partizipation sowie soziale und kulturelle Teilhabe. Jugend- und generationengerechte Politik muss gerade im demografischen Wandel zur alternden Gesellschaft allen Jugendlichen Teilhabechancen eröffnen und Chancengerechtigkeit sichern. Keine Jugendliche und kein Jugendlicher darf der Gesellschaft verloren gehen. Chancenlose Teenager aus schwierigen Lebensverhältnissen brauchen neue Perspektiven. Jugendliche Risikogruppen dürfen wir uns nicht länger erlauben. Alles andere wäre ein gesellschaftliches Armutszeugnis und eine Bankrotterklärung gegenüber jetzigen und künftigen Jugend-Generationen. Die Belange und Perspektiven Jugendlicher gehören daher in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen. Jugendpolitik braucht einen hohen Stellenwert, der über großkoalitionäre Lippenbekenntnisse weit hinausgeht.

*Auf der Grundlage des vorliegenden Papiers wollen wir den Austausch mit den Jugendverbänden und Jugendlichen weiterführen, deren Engagement und Expertise für eine gelingende Jugendpolitik unverzichtbar ist. Zudem wird hiermit eine weitere Grundlage für die Bewertung der für Ende März 2007 angekündigten Beantwortung unserer Großen Anfrage an die Bundesregierung zur Jugendpolitik<sup>8</sup> geschaffen.*

---

<sup>8</sup> Bundestagsdrucksache 16/1554 (Jugendliche in Deutschland: Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit)